

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bensch, Borsdorf, Cöbe, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinleinberg, Klinge, Köhler, Lindhardt, Pomßen, Stadtrat, Throna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Er erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 4.—, jährlich Mk. 42.—, ohne Anzeigen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 12.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6 Spalten Korpuszelle 90 Hg., auswärts 1.— Mk. Umständlicher Teil Mk. 2.—, Reklamazelle Mk. 2.—, Beilagegebühr pro Nummer Mk. 2.—, Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, spätere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausdrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Genuss: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Gung & Gule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 137

Freitag, den 18. November 1921

32. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Kohlensteuer soll wesentlich erhöht werden. Der neue Steuerfuß soll 30 oder 40 Prozent betragen.
* Vor dem Schluss des Demokratischen Parteitages wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen die Privatisierung der Eisenbahnen wendet.
* Englische Finanzminister haben erklärt, Deutschland ohne Sicherung der Währungsstabilität keine Kredite zu gewähren.
* Der ungarische Ministerpräsident Bethlen gab dem Reichs-Verweser den Ratschlag, die Regierung bekannt zu machen, dass die Reichsregierung die Geschäfte weiterzuführen wird.
* Präsident Harding hat in Washington die Proklamation unterzeichnet, in der der Friede zwischen Amerika und Deutschland erklärt wird.

Gemeinsam arbeiten!

Zu den augenblicklich scharf jugespierten innerpolitischen Auseinandersetzungen über die richtige Art, wie die Kreditlage des Reiches aufzubessern ist, wird uns geschrieben:

Wie die Gewerkschaften und anderen großen und kleinen Vereinigungen, so hat nun der deutsche Beamtenbund gleichfalls einen Beschluss gegen das Kreditangebot der deutschen Industrie gefasst und veröffentlicht. Er wagt sich danach „mit aller Entschiedenheit“ gegen den Versuch, die Not des Reiches auszunutzen, um die Reichseisenbahnen und die übrigen Reichsbetriebe, den wertvollsten Besitz des deutschen Volkes, in die Privathand zu bringen. Man wolle die Kreditaktion, die ursprünglich als eine patriotische Großtat ausgegeben wurde, nunmehr zur Stärkung einseitiger politischer Macht benutzen. Die Sanierung der Eisenbahnen, die nötig sei, könne ohne Auslieferung der Reichseisenbahnen in die Hand des privaten Großkapitals bei Durchführung gesunder wirtschaftlicher Grundsätze erreicht werden. Die Beamten insgesamt seien sich darüber einig, daß dieser mit dem Allgemeinwohl unvereinbare Versuch der Industrie mit allen Mitteln abgewehrt werden müsse.

Solche Einsprüche ertönen von verschiedenen Seiten, und der Regierung wird dringend nahegelegt, jede weitere Verhandlung über die Vorschläge kurzerhand abzubrechen. Wenn nicht anders, solle sie es auf die Auflösung des Reichstages ankommen lassen, falls dieser für die Erfassung der Goldwerte nicht ohne viel Besinnen zu haben sei. Eine bessere Kampfarbeit könne der Kanzler sich gar nicht wünschen. Abersehen wir dabei, daß Auflösung und Wahlkampf wohl die innere Lage des Reiches noch über den jetzigen Notstand hinaus auf das äußerste erschweren, keinesfalls aber bis zum 15. Januar, dem Versammlungstermin unserer nächsten Reichstagsperiode, die erforderlichen Mittel für die dann zu leistende Zahlung herbeschaffen könnte. Ist es doch immerhin fraglich, ob die „Erfassung der Goldwerte“, wenn sie selbst ohne Auflösung und Neuwahl von dem gegenwärtigen Reichstage beschlossen würde, noch bis zum nächsten Stichtag den Erfolg haben würde, auf den allein es unter den gegebenen Verhältnissen ankommen kann; denjenigen wenigstens ankommen kann, die nicht auf weitere Zuspitzung des politischen Kampfes um jeden Preis, sondern darauf bedacht sind, daß wir möglichst ohne wirtschaftliche und politische Katastrophe den bevorstehenden Jahreswechsel überleben. Jedenfalls sollte die Erhöhung der Parteileistungen vermieden werden, ganz gleich, ob man das Kreditangebot der Industrie für unmöglich hält und entgegengekehrt denkt. Sowohl bei der Segnerschaft des Planes wie bei der Industriesführung wirken Männer zusammen, die den verschiedensten Parteilagern angehören. An der Spitze der Industrie stehen z. B. Herr v. Siemens, einer der leitenden Köpfe der Demokraten, neben Herrn Hugenberg, einem Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Herr Knochen vom Zentrum neben Herrn Stinnes von der Deutschen Volkspartei. Ebenso finden sich auf der anderen Seite bedeutende Leute verschiedener politischer Richtung. Man sollte gegenseitig keine unbilligen Vorwürfe an die Stelle sachlicher Erwägung setzen. Zum mindesten wird dadurch die Möglichkeit einer Verständigung über die Hilfe, die dem Reiche gebracht werden muß, unnötig erschwert, während doch alles einzig und allein darauf ankommen sollte, zunächst einmal in leidenschaftlicher Prüfung festzustellen, ob der Vorschlag der Industrie oder ein anderer Plan nicht wenigstens einen Weg erkennen läßt, auf dem man unter Zusammenfassung aller arbeitenden Teile des Volkes zu einem praktischen Ergebnis gelangen kann. Gewiß würde es vorzuziehen sein, wenn man die Reichseisenbahnen von Staats wegen gesundem lassen könnte, ohne sie der Privatindustrie ausliefern zu müssen. Bis jetzt ist man mit Bemühungen dieser Art leider nicht nur nicht zum Ziele gelangt, sondern von diesem immer weiter ferngerückt. Das furchtbare Defizit der Eisenbahnverwaltung hat sich von Monat zu Monat erhöht, trotzdem eine Tarifsteigerung, kaum daß sie in Kraft getreten ist, immer wieder von einer neuen abgelöst wird.

Tatsächlich ist keine Zeit mehr, zu verlangen, um einen Weg zu finden, wie uns zu helfen ist, wie bis zum 15. Januar 1922 vor allen Dingen die Ansprüche der Alliierten zu erfüllen sind. Das muß das eifrige Bestreben aller Deutschen sein. Mit gegenseitiger Zerstreuung kommen wir nicht weiter.

Hinter verschlossenen Türen.

Geheimverhandlungen in Washington.

Trotz genauer Bestimmungen darüber, daß die Diskussionen in Washington grundsätzlich öffentlich sein sollen, sind doch eine Anzahl der wichtigsten Fragen einer besonderen Kommission überwiesen worden, die natürlich hinter geschlossenen Türen tagt. Dem liegt die Absicht zugrunde, daß Frankreich und Italien die Fragen, die sich auf der Konferenz ergeben, gemeinsam handeln würden, und zwar nicht nur in der Abrüstungsfrage, sondern auch bei den Fragen, die im Zusammenhang mit den Erörterungen über den Stillen Ozean und den Fernen Osten entstehen könnten. Staatssekretär Hughes, der eine lange Konferenz mit Briand und Jusserand über die Stellung Frankreichs gegenüber Deutschland, über die französischen und militärischen Einrichtungen und die Reparationen hatte, beriet lange mit den italienischen Bevollmächtigten Schanzer und Albertini und bot sie, sowohl an der Erörterung der Abrüstungsfrage als auch an der Frage des Fernen Ostens einen tätigen Anteil zu nehmen. Einer Mitteilung Wellington Kook zufolge wird die chinesische Delegation der Washingtoner Konferenz Vorschläge für eine Regelung der Probleme des Fernen Ostens unterbreiten, die auf folgenden allgemeinen Grundsätzen fußen: Von der

Rehabilitierung Chinas hängt der Friede des Fernen Ostens ab. China muß in die Lage gesetzt werden, seine eigene wirtschaftliche Wiederherstellung durch die Entwicklung der natürlichen Ressourcen des Landes zu vollbringen. Auch die territoriale Integrität Chinas muß gewährleistet werden und weitere Eingriffe durch ausländische Konzessionen müssen aufhören. China muß absolute politische Unabhängigkeit haben und muß von jeder Einwirkung von außen verschont bleiben.

Die vorsichtigen Japaner.

Stellungnahme zu den Abrüstungsvorschlägen. Wenn man berücksichtigt, daß der aktuelle Kernpunkt des weitgespannten Abrüstungsproblems, über welches man augenblicklich in Washington verhandelt, in der Befriedigung der amerikanischen-japanischen Konfliktsmöglichkeiten besteht, so wendet sich naturgemäß das Hauptinteresse der Haltung der Japaner zu, die diese zu den amerikanischen Vorschlägen und zu der ganzen Beratung überhaupt an den Tag legen. Der japanische Admiral Kato gab hierzu wichtige Erklärungen ab, wobei er betonte, Japan würde der Konferenz nur freundschaftliche Anerbietungen und erwarde von ihr nur Freundschaft. Japan freue sich wie andere Länder auch über die Auslichten auf Erleichterung, welche sich gegenseitig bieten. Die Zivilisation müsse den übertriebenen Rüstungen ein Ende machen, oder die Rüstungen würden der Zivilisation ein Ende machen.

Die Befürchtungen, die man feinerzeit begte, seien jetzt durch den freien und offenen Meinungsaustausch der Konferenz zerstreut worden. Ein Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan werde sicher geschlossen werden. Gleichzeitig betonte Kato aber, daß besondere Verpflichtungen, die Japan eingehen sollte, durch die ohnedies bestehende Überlegenheit der Amerikaner überflüssig gemacht würden.

Die Praxis.

Trotz dieser gegenseitigen Zusicherung der Friedfertigkeit steht doch auch heute noch die Praxis der Rüstungspolitik zum Teil wesentlich anders aus. So nimmt die Durchführung des amerikanischen Rüstungsprogramms vorläufig ihren Fortgang, und der Überdreadnought „West-Virginia“ wird, wie bereits vorgeesehen, am Sonnabend in Newport News vom Stapel gelassen. Japan aber schlug vor, das zwischen der japanischen und englischen Flotte vorgeschlagene Stärkeverhältnis von 60 : 100 auf 70 : 100 zu erhöhen. Die japanische Delegation würde sich dabei mit der Einschränkung der japanischen Flotte auf zehn Großschiffe einverstanden erklären, jedoch eine entsprechende Herabsetzung der englischen und der amerikanischen Flottenstärke verlangen.

Bedingte Zustimmung Englands.

Walfour wird die Erklärungen Hughes' im Namen Englands im allgemeinen zustimmend beantworten, dagegen einige Vorbehalte machen. Diese beziehen sich auf folgende zwei Punkte: 1. die Lonnage der Unterseeboote, und 2. die Erneuerung der verschiedenen Einheiten. Aber die Lonnage der Unterseeboote sind die englischen Seeverbände der Ansicht, daß die Grenze niedriger als 90 000 Tonnage sein soll. Sie machten weiter geltend, daß, wenn man den Bau von Panzerschiffen für die Dauer von zehn Jahren einstellt, die Schiffsverlusten gemindert wären, zu schließen. Walfour wird daher einen jährlichen Schiffersatz in kleinerem Umfang vorschlagen. Weiter wird Walfour wahrscheinlich auf der Notwendigkeit bestehen, daß Großbritannien eine genügende Anzahl von kleinen Kreuzern zum Zwecke der Seepolizei halten muß.

Eine schwierige Bedingung.

Der Washingtoner Berichterstatter des „Morning Post“ merkt, die Japaner befürchteten, daß die Vereinigten Staaten an Großbritannien und Japan die Aufforde-

rung richten würden, ihren Bündnisvertrag aufzugeben.

Die Bedrohung der „Deutschen Werte“.

Die Note an die Entente.

Die deutsche Regierung hat der Internationalen Kontrollkommission eine Note überreicht, in der sie gegen die geplanten Zerstörung der „Deutschen Werte“ Stellung nimmt. Sie weist darauf hin, daß die Vorkonferenz sich seinerzeit mit dem Weiterbestehen der Werte nach deren völligen Umstellung auf Friedensfabrikation einverstanden erklärt hat. Das neue Fabrikationsprogramm ist der Militärkontrollkommission und ihren Unterkommissionen niemals vorenthalten worden. Die Umstellung der Werte ist vielmehr unter ihren Augen, unter ihrer täglichen, genauen Kontrolle vor sich gegangen. Sie haben dementsprechend auch bis in die neueste Zeit in keinem Falle Widerspruch erhoben.

Die Regierung erklärt weiter, daß sie kein Verschulden trifft, aus dem sich dieser plötzliche Stellungswandel der Kommission erklären ließe. Alle Forderungen auf Zerstörung, Umbau und Entfernung von Spezialmaschinen für die Herstellung von Kriegsmaterial, auf Vernichtung von Werken, auf Umgestaltung ganzer Gebäude und einzelner Einrichtungen sind, so weitgehend sie auch waren, erfüllt worden, um den Betrieben ein für allemal den Charakter von „Kriegsfabrikationen“ zu nehmen.

Aus diesen Gründen bittet die deutsche Regierung die Kommission, sich in Abänderung der erhobenen Forderungen damit einverstanden zu erklären, daß 1. in Erfurt und Spandau-Gaehelshof die Fabrikation von Schusswaffen und Munition für Jagd und Sport in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang weiterhin gestattet wird. 2. im Werke Wollgang die Fertigung von Cellulose und Nitrocellulose zur Herstellung von Filmmolle und Kunstleder gestattet wird und auch die übrige Fabrikation in diesen und den Werken von Spandau weiterhin genehmigt wird, sowie eine Reihe weiterer schwerer Behinderungen der Betriebe aufgehoben werden.

Die Arbeiter bei Kollat.

Beim Empfang des Betriebsrats der Deutschen Werke durch General Kollat nahm dieser die gegen die Ententemaßnahmen vorgebrachten Gründe der Arbeiterschaft entgegen und versprach, sie der Vorkonferenz zu übermitteln, da er sie durchaus würdige. Die Arbeitnehmer haben ihre weitere Haltung davon abhängig gemacht, ob die Rücknahme der Noten durch die Vorkonferenz erfolgen wird.

Erhöhung der Kohlensteuer.

Geplanter neuer Steuerfuß von 30 oder 40 Prozent.

Dem Ausschuss des Reichswirtschaftsrates lag ein Regierungsentwurf über Änderung der Kohlensteuer-gebühren vor. Die Steuer soll nach der Regierungsvorlage auf 40 Prozent des Wertes der gelieferten oder sonst abgegebenen usw. Kohlen erhöht werden. Die Regierungsvertreter erklärten, die erhöhte Kohlensteuer solle die Ausfuhrabgabe ergänzen, der Inlandkohlenpreis solle auf Selbstkostenpreis gehalten und die durch den jetzigen niedrigen (!) Kohlenpreis gefährdete Sparanfekt gefördert werden. Die Mehrheit des Ausschusses stellte sich auf den Standpunkt, daß allenfalls ein Steuerfuß von 30 Prozent als tragbar zu betrachten sei. Die Erhöhung der Kohlenpreise würde das Niveau der Lebenshaltung der breiten Masse noch mehr herabdrücken, Preissteigerungen auf anderen Gebieten im Gefolge haben, außerdem dem Reiche nur eine vorübergehende finanzielle Erleichterung verschaffen. Auf jeden Fall würde der mögliche Vorteil der Erhöhung die Nachteile nicht aufwiegen. Von Verbrauchersseite wurde erneut eine besondere Berücksichtigung des Hausbrandes empfohlen. Der Ausschuss nahm den Entwurf mit der Maßgabe, daß die Erhöhung nur 30 Prozent betragen soll, an.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Steuerungszuschüsse für die Kriegsköpfe.

Wie von parlamentarischer Seite verlautet, steht eine Aufbesserung der Steuerzuschüsse für die Opfer des Krieges in sicherer Aussicht. Der 19. Ausschuss des Reichstages wird sich in der nächsten Zeit mit der Frage der Aufbesserung der Bezüge für die Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen beschäftigen.

Die deutsche Reparationsschuld.

Das amerikanische Handelsdepartement hat eine Absicht über die Gesamtheit der deutschen Reparationsschuld veröffentlicht, die sich hernach auf 32 453 600 000 Dollar beläuft und durch Schuldverschreibungen gedeckt sei. Bei einer festen Jahreszahlung von 476 600 000 Dollar, die vierteljährlich zahlbar ist, und einer 26prozentigen Abgabe vom Wert der deutschen Ausfuhr, die ebenfalls vierteljährlich, und zwar in bar oder in Waren zahlbar ist, werden — so sagt die Veröffentlichung — die gesamten Zahlungen für das am 30. April 1922 endende Reparationsjahr sich auf 5 512 730 000 Dollar belaufen. Die bis jetzt bezahlte Summe sei 369 000 000 Dollar.